

- Armutsfalle Einelternfamilie

Seite 9

- Termine

Seite 10

So denkt Österreich über Familienpolitik



Studie erhebt Einstellungen und Wünsche - Teil 1

Wie sieht es mit den Einstellungen und Wünschen zu Familie, Familienpolitik und dem Geschlechterverhältnis in Österreich aus? Das Institut für Demographie in Wien führte eine Studie durch, an der im Jahr 2001 rund 2000 ÖsterreicherInnen im Alter von 20 bis 65 Jahren befragt wurden. *beziehungsw²eise* stellt die Ergebnisse der Erhebung zur demographischen Entwicklung, zur Einstellung zu Familie und Kinderwunsch, zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates und zur Familienpolitik vor.

Wohin entwickelt sich Österreich?

Die österreichische Bevölkerung soll laut Prognosen in den nächsten 20 Jahren aufgrund von Zuwanderungen noch wachsen. Allerdings ändert sich die Altersstruktur. Die Zahl der über 60-Jährigen wird steigen, während die der unter 15-Jährigen weniger wird. Von einer kontinuierlichen Abnahme ist auch die Zahl der Erwerbstätigen betroffen. Gut ein Drittel der befragten ÖsterreicherInnen sieht in der Alterung der Gesellschaft ein Problem, 23 %

sehen diese Entwicklung positiv und 42 % nehmen eine neutrale Position ein. Allerdings befürchten 79 % der Befragten angesichts der rückläufigen Geburtenzahlen negative Auswirkungen für die Gesellschaft, 11 % nehmen dies nicht an.

Wie steht es um Familie und Kinderwunsch?

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Anzahl "neuer" Lebensformen (Singles, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften oder Alleinerziehende) wurden die Österreicherinnen und Österreicher über ihre Einstellung zu Familie und Kinderwunsch befragt. Die Ehe ist für 74 % der Befragten eine nach wie vor zeitgemäße Einrichtung. Der Rückgang an Eheschließungen wird von 35 % negativ beurteilt. Noch mehr Sorgen bereiten jedoch die sinkenden Geburtenzahlen (82 %), die Zunahme der Scheidungen (78%) sowie die steigende Anzahl der Paare ohne Kinderwunsch (69 %).

Wofür soll sich der Staat einsetzen?

Die größten Verantwortlichkeiten des Staates sehen die Befragten in der Alterssicherung (93 %) sowie in der Arbeitsmarktpolitik (92 %). Aber auch die Bereiche Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen (88 %) und die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (80%) werden dem Staat überantwortet. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer wird mit 69 % deutlich weniger als zentrale Aufgabe des Staates angesehen. In den letzten Jahren ist der Staat nach Meinung der Befragten in den Politikfeldern "Familien in Armut" und "Altersvorsorge" am wenigsten aktiv gewesen. Relativ viel wurde im Bereich Familien mit Kleinkindern geleistet sowie bei der Kinderbetreuung, sind die befragten Frauen und Männer der Meinung.

Sind Familie und Politik vereinbar?

Der österreichische Staat verfolgt wie die meisten Industriegesellschaften keine direkten geburtsfördernden Ziele. Die Familien- und Sozialpolitik orientiert sich aber an demographischen Entwicklungen und Anforderungen des Arbeitsmarkts und wirkt sich daher auch auf die Geschlechterverhältnisse und die Arbeitsmarktpolitik aus. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb ist demnach nicht nur ein "Frauenproblem", sondern auch ein gesellschaftliches.

Von den familienpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von (künftigen) Eltern werden vor allem Steuererleichterungen für Eltern mit minderjährigen

Kindern, arbeitsmarktpolitische Erleichterungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Karenzregelungen für berufstätige Mütter mit Kleinkindern als wichtig erachtet. Besonders Frauen sprechen sich häufiger für die Notwendigkeit dieser Leistungen aus, vor allem jene Altersgruppen, die von den Regelungen betroffen wären. Drei Viertel wünschen sich eine von der Einkommenshöhe abhängige Familienbeihilfe und zwei Drittel sprechen sich für eine beträchtliche Erhöhung der Familienbeihilfe pro Kind und Monat aus. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb stehen der Wunsch nach flexiblen Arbeitszeiten (88 %) sowie nach mehr und besseren Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit für Eltern mit kleinen Kindern (90 %) an oberster Stelle der Österreicherinnen und Österreicher. Was die Infrastruktur- und Sachleistungen betrifft, würden 76 % den Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren begrüßen.

Auf die Frage, welche Maßnahme vom Staat prioritär einzuführen wäre, nannten Frauen verbesserte Karenzregelungen für berufstätige Mütter mit Kleinkindern an erster Stelle, gefolgt vom Wunsch nach umfassenden Steuererleichterungen. Bei den Männern zeigt sich eine umgekehrte Reihung. An dritter Stelle steht bei beiden Geschlechtern eine beträchtliche Erhöhung der Familienbeihilfe.

Der Einfluss familienpolitischer Maßnahmen auf den Kinderwunsch scheint nur von geringer Bedeutung zu sein, zeigte die Erhebung



unter den 20- bis 39-Jährigen. Knapp die Hälfte der Befragten erhoffen sich von der Einführung der von ihnen bevorzugten Maßnahmen eine Erleichterung bei der Realisierung der gewünschten Kinderanzahl. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten teilen diese Hoffnung nicht. Im Alter von 20 bis 24 Jahren geben knapp 60 % der Frauen an, dass sich die Familienpolitik auf ihren Kinderwunsch auswirkt. Mit zunehmendem Alter nimmt dieser Einfluss jedoch ab. Die Entscheidung für ein (weiteres) Kind und der Zeitpunkt der Geburt werden kaum von der Einführung bzw. Verbesserung familienpolitischer Entscheidungen abhängig gemacht. Je älter die Befragten sind, desto seltener zeigt sich der Wunsch nach einem (weiteren) Kind.

Atypische Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung oder Telearbeit betreffen vor allem Frauen mit Kindern, die auf diese Weise versuchen, Familie und Erwerb zu vereinbaren. Haben die Befragten die Wahl unter sieben Kombinationen von Erwerbsausmaß und Kinderzahl, so bevorzugen 41 % "keine Erwerbstätigkeit, wenn Kinder da sind", 20 % "teilzeiterwerbstätig und zwei Kinder" und 19 % "teilzeiterwerbstätig und ein Kind". Dabei zeigt sich kein gravierender Unterschied zwischen den Geschlechtern, aber dafür nach Alter. Junge Männer teilen die Ansicht, dass (hauptsächlich) Mütter mit Kindern bis zu sechs Jahren nicht erwerbstätig sein sollten, zu 20 %, während die über 60-jährigen Männer diese Einstellung zu rund 56 % bevorzugen. Unter den Frauen ist der Unterschied zwischen den Altersgruppen gerin-

ger. Am wenigsten Zustimmung ist bei den 25- bis 29-jährigen Frauen zu finden, während 52 % der über 60-jährigen Frauen Mütter mit kleinen Kindern am liebsten Zuhause sehen. Eine Vollzeiterwerbstätigkeit mit Kindern kommt nur für einen sehr kleinen Teil der Befragten in Frage. Auch wenn die Kinder bereits zur Schule gehen, wird eine Teilzeit- einer Vollzeitbeschäftigung gleichwohl von Frauen als auch Männern vorgezogen.



Info:

Literatur: Richard Gisser (Hg.): Population Policy Acceptance Survey 2001 (PPA II). Familie, Geschlechterverhältnis, Alter und Migration: Wissen, Einstellungen und Wünsche der Österreicherinnen und Österreicher. Tabellenband und Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse. Forschungsbericht 25. Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wien 2003.

Kontakt: Hofrat Dr. Richard Gisser, Stellvertretender Direktor des Instituts für Demographie (Wien)
Tel: +43-1-51581-7704
E-Mail: Richard.Gisser@oeaw.ac.at

studie

Armutsfalle Einelternefamilie**Sozialleistungen für Alleinerziehende unverzichtbar**

Alleinerziehende Frauen (und auch Männer) - früher als unvollständige Familie von der Gesellschaft diskriminiert - sind heute als Lebens- und Familienform anerkannt. Die Zahl dieser sogenannten Einelternefamilien nimmt europaweit zu. Von den im Jahr 1996 in der EU gezählten 131 Millionen Haushalten sind 7 Millionen Einelternefamilien, hält Nicole Prud'homme, Präsidentin der Landeskasse für Familienzulagen in Frankreich, fest. Der größte Anteil von allen Familien mit Kindern befindet sich mit 23 % im Vereinigten Königreich, der kleinste mit 11 % in Luxemburg und in den Niederlanden. Österreich liegt mit 14 % genau im europäischen Durchschnitt. Die geringen Zahlen in Spanien (8 %) und Griechenland (7 %) rühren daher, dass die meisten Alleinerziehenden bei Angehörigen leben. Insgesamt leben in Europa 11 Millionen Kinder (13 % aller Kinder) in dieser Familienform. Ein gutes Viertel der Einelternefamilien (27 %) gilt als arm, d. h., ihr Lebensstandard beträgt weniger als die Hälfte des mittleren Lebensstandards ihres Landes. Ohne Sozialtransfers würden 54 % der Einelternefamilien unter diese Armutsgrenze fallen.

Einelternefamilien in Europa weisen eine große Vielfalt auf. Mit 90 % machen Frauen den Hauptteil der Alleinerziehenden in Europa aus. 21 % der Einelternefamilien entstanden aufgrund von Verwitwung, 22 % sind unverheiratet und 57 % geschieden oder getrennt.

In den nordischen Ländern sind allein erziehende Elternteile meist jung, ledig und erwerbstätig. Von fünf Familien ist ein Familienoberhaupt männlich. Sie wohnen selten bei Angehörigen und leben von

ihrem Einkommen sowie Sozialtransfers und somit nicht schlechter als andere.

Im Süden Europas heben die Familiensolidarität und das Wohnen bei Angehörigen den Lebensstandard von Alleinerziehenden beträchtlich. Es handelt sich vor allem um Personen über 30 Jahre (38 bis 47 % Witwer) mit hohem Einkommen und geringen Sozialtransfers.

In den angelsächsischen Ländern leben anteilmäßig die meisten allein erziehenden Elternteile, die zu 20 % unter 30 Jahre alt, ledig und nicht erwerbstätig sind. 38 bis 45 % arbeiten Teilzeit und sind auf Sozialleistungen angewiesen. Ein Drittel der Alleinerziehenden lebt unter der Armutsgrenze.

In den Niederlanden und in Luxemburg ist der Anteil an Einelternefamilien vergleichsweise am geringsten. Das Sozialeinkommen ist sehr hoch, und auch der Lebensstandard ist ein höherer.

In den restlichen Ländern wie z. B. Deutschland oder Frankreich ist die Beschäftigungsrate unter den Alleinerziehenden relativ hoch. Trotz der Sozialtransfers machen Einelternefamilien einen bedeutenden Anteil unter den armen Haushalten aus.

Abschließend sieht Nicole Prud'homme u. a. die Notwendigkeit einer globalen Politik für Einelternefamilien. Prävention und soziale Begleitung sollen die finanziellen Sozialtransfers ergänzen, um eine soziale Ausgrenzung zu verhindern.

**Info:**

Literatur: Nicole Prud'homme: Sozialschutz für Einelternefamilien. Dokument anlässlich der IVSS-Konferenz "Auf dem Weg zu tragfähigen Sozialversicherungssystemen" in Limassol (Zypern), 26.-28. November 2003.

Kontakt: nicole.prudhomme@cnafr.cnafrmail.fr

Termine

Kinderkram und Elternwirtschaft - Train the Trainer

Veranstalter	Ort, Datum	Info
Kinderkram und Elternwirtschaft Verein "work-life-balance" Wien	Niederösterreich 16. - 20. März 2004 sowie 12 Stunden Supervision und 3- tägiges Abschlusstreffen Anfang 2005	Das innovative Seminarprogramm "Kinderkram und Elternwirtschaft" macht Eltern fit für die persönliche Balance zwischen Familie und Beruf. Nun sollen erstmals TrainerInnen ausgebildet werden. Die Ausbildung setzt sich zusam- men aus 8 Seminartagen, Durchführung eines Seminar- durchganges und einer schriftli- chen Arbeit. Und Sie erleben das Curriculum von Kinderkram und Elternwirtschaft "am eigenen Leib".
Internet: http://www.kinderkram-und-elternwirtschaft.at		
Mag.a Irene Kerntaler-Moser Tel: +43-699-10045422 E-Mail: Irene.Kerntaler-Moser@vienna.at		
Mag. Doris Palz Tel: +43-676-9530225 E-Mail: Doris.Palz@aon.at		

Paare, Paarläufe und Paartherapie: neue Erkenntnisse hautnah

Veranstalter	Ort, Datum	Info
Ausbildungsinstitut für systemi- sche Therapie und Beratung Dorfstr. 94, CH-8706 Meilen Tel.: +41-1-9230320 Fax: +41-1-9237255	Zürich 12.-13. März 2004	Praxisbezogene Weiterbildung mit Vorträgen von: Bruno Hildenbrand: Meilener Paarstudie: War die Emanzipation eine Illusion? Ulrike Borst: Welche Rolle spielt die Paarbeziehung in der psychia- trischen Behandlung? Astrid Riehl-Emde: Liebe im Fokus der Paartherapie Rosmarie Welter-Enderlin: Person von Therapeut/in und ihre Wirkung auf den therapeutischen Prozess.
Internet: http://www.ausbildungsinstitut.ch		